



BDI-Mittelstandspanel

Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung
Frühjahr 2011

Untersuchung im Auftrag von:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrichstraße 140
10117 Berlin
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstraße 20
53111 Bonn

Projektdurchführung: Siegrun Brink, Frank Wallau

Technische Durchführung:

TNS Emnid
Stieghorster Straße 90
33605 Bielefeld

Projektdurchführung: Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Das Anliegen.....	3
1 Wirtschaftspolitische Einschätzungen und wirtschaftliche Situation.....	4
1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Neue Herausforderungen nach der Krise.....	4
1.2 Wirtschaftliche Lage des industriellen Mittelstands.....	8
2 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen.....	10
2.1 Entwicklung des Umsatzes: Der Blick geht nach vorn ..	10
2.2 Beschäftigung in der Industrie: Günstige Bedingungen für eine schnelle Erholung	14
3 Finanzierungs- und Investitionsbedingungen	17
3.1 Finanzierungsbedingungen fördern Investitionsaktivitäten	17
3.2 Unternehmensinvestitionen erholen sich	19
4 Energie- und Rohstoffsicherheit: Eine Frage der Zukunft	22
4.1 Auswirkungen hoher Energie- und Rohstoffpreise	22
4.2 Maßnahmen zur Reduktion von Energie- und Materialkosten	24
Anhang.....	26

Das Anliegen

Nach der stärksten Rezession der Nachkriegszeit in den Jahren 2008/2009 hat sich die deutsche Wirtschaft bemerkenswert schnell erholt. Die Aufgaben für Wirtschaft und Politik bleiben jedoch weiterhin herausfordernd: Massive nationale und internationale Veränderungen stellen auch den industriellen Mittelstand vor neue Aufgaben. Für die Bewältigung der neuen Herausforderungen benötigen die beteiligten Akteure aktuelle Informationen über den Zustand und die Handlungsbedingungen der Unternehmen. Nur mithilfe gesicherter Daten aus erster Hand können die Unternehmen und speziell der Mittelstand strategisch und politisch hinreichend bei der Erfüllung ihrer unternehmerischen Aufgaben und einer sicheren Zukunftsplanung unterstützt werden.

Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid eine Online-Erhebung entwickelt. In der Öffentlichkeit als das **BDI-Mittelstandspanel** bezeichnet, liefert die in halbjährlichem Turnus stattfindende Befragung deutscher Industrieunternehmen im nunmehr sechsten Jahr aktuelle Informationen über die speziell für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Hierzu gehört neben der Betrachtung wichtiger betrieblicher Kennzahlen die Analyse der Marktaktivitäten und -bedingungen sowie der Strategien zur Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben. Darüber hinaus dient das BDI-Mittelstandspanel auch als Raster zur Beurteilung des Zustands und der Entwicklung der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf diese Weise entsteht eine verlässliche empirische Basis, die Unternehmen und Umfeldakteuren Entscheidungshilfe bietet. Die Daten werden online unter www.bdi-panel.emnid.de erhoben; dort sind ebenfalls die Ergebnisse aller bisherigen Erhebungswellen dokumentiert.

Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse der dreizehnten Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels zusammengefasst. Wirtschaftspolitische Schwerpunkte der Frühjahrsbefragung 2011 bilden die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, aus Sicht der Unternehmen wichtige Reformthemen der aktuellen Legislaturperiode und bestehende Herausforderungen durch die Umsetzung der E-Bilanz. Eingebettet in die Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage werden die zentralen Kennzahlen zu Umsatz, Beschäftigung und Rendite für das Geschäftsjahr 2010 analysiert und die aktuelle Entwicklung von Investitionen und Finanzierungsbedingungen erörtert. Ein besonderer Erhebungsschwerpunkt galt der Energie- und Rohstoffsicherheit sowie möglichen Reaktionsmaßnahmen auf hohe Energie- und Materialkosten.

Zwischen dem 22. Februar und dem 15. Mai 2011 beteiligten sich 1.057 Unternehmen an der Erhebung. Allen Teilnehmern danken wir recht herzlich für ihre Unterstützung.

Die Ergebnisse der 13. Erhebungswelle

1 Wirtschaftspolitische Einschätzungen und wirtschaftliche Situation

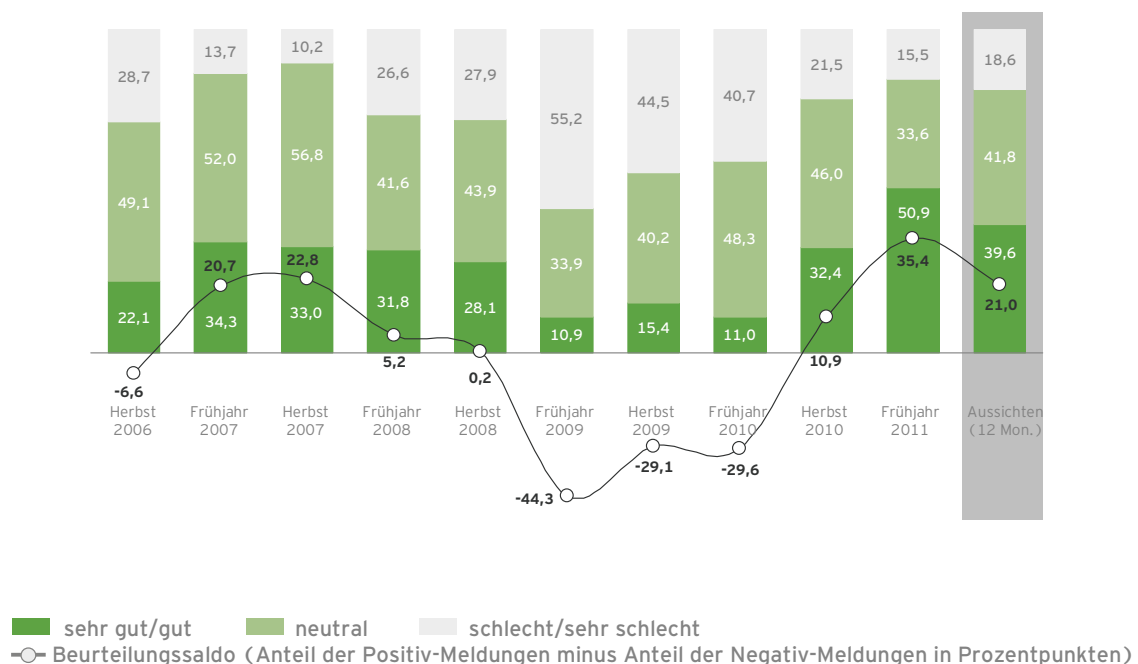
Zusammenfassung: Nach der scharfen Rezession im Jahr 2009 hat sich die deutsche Wirtschaft rasch erholt. Als wichtigste Kraftquelle erwies sich dabei der Export der deutschen Unternehmen. Inzwischen ist auch die zunächst schwächelnde Inlandsnachfrage auf Erholungskurs. Entsprechend ist die Stimmung in der deutschen Industrie bestens: Die Beurteilung der Wirtschaftslage liegt auf sehr hohem Niveau und die Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erreicht einen neuen Höchststand. Was die Aussichten trübt, sind neue Risiken, wie die Staatsfinanzen einiger europäischer Länder, die Bewältigung der anstehenden Energiereform und die Folgen der Konflikte in den Ländern Nordafrikas. Insgesamt ist vorerst von einer weiterhin positiven, wenn auch verlangsamten Aufwärtsentwicklung auszugehen.

1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Neue Herausforderungen nach der Krise

Nach den negativen Beurteilungen zu Beginn der neuen Legislaturperiode verbesserte sich die Einschätzung der Industrieunternehmen zu den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Laufe der letzten zwölf Monate deutlich (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1

Einschätzungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.048

© IfM Bonn BDI 1/2011

Aktuell ist jedes zweite Unternehmen der Meinung, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ sind. Abzüglich der Industrieunternehmen mit negativer Beurteilung, ergibt sich ein bis dato nicht erreichter positiver Saldo von 35,4 Punkten¹. Die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird auf breiter Front von allen mittelständischen Industrieunternehmen wahrgenommen - exportierende Unternehmen empfinden die Rahmenbedingungen tendenziell sogar noch besser als ausschließlich im Inland aktive Unternehmen. Der Meinungsaufschwung fällt trotz aller innen- und außenpolitischen Probleme überraschend deutlich aus. Dies ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die Industrieunternehmen im Frühjahr 2010 noch mehrheitlich schlechte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für 2011 erwarteten. Anscheinend überlagern die gute, stabile konjunkturelle Entwicklung und die schnelle Begrenzung der Finanzkrise die strukturellen Probleme.

Für die Zukunft Verschlechterung erwartet

Für die nächsten zwölf Monate wird von den Unternehmen allerdings eine Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erwartet. Der Anteil der Positiv-Meldungen sinkt deutlich, gleichzeitig steigt die Zahl der Negativ-Voten leicht an. Der Beurteilungssaldo fällt auf 21,0 Punkte. Auch hier sind exportorientierte Unternehmen deutlich optimistischer, überdurchschnittlich häufig beurteilen sie die zukünftigen Rahmenbedingungen positiv.

Insgesamt zeigen diese Einschätzungen eine gewisse Verunsicherung des industriellen Mittelstands. Wie sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie tatsächlich entwickeln, wird maßgeblich davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, die notwendigen strukturellen Reformen in Angriff zu nehmen und dabei die deutsche Wirtschaft weiter auf dem Wachstumspfad zu halten.

Großer Handlungsbedarf bei den steuerlichen Rahmenbedingungen

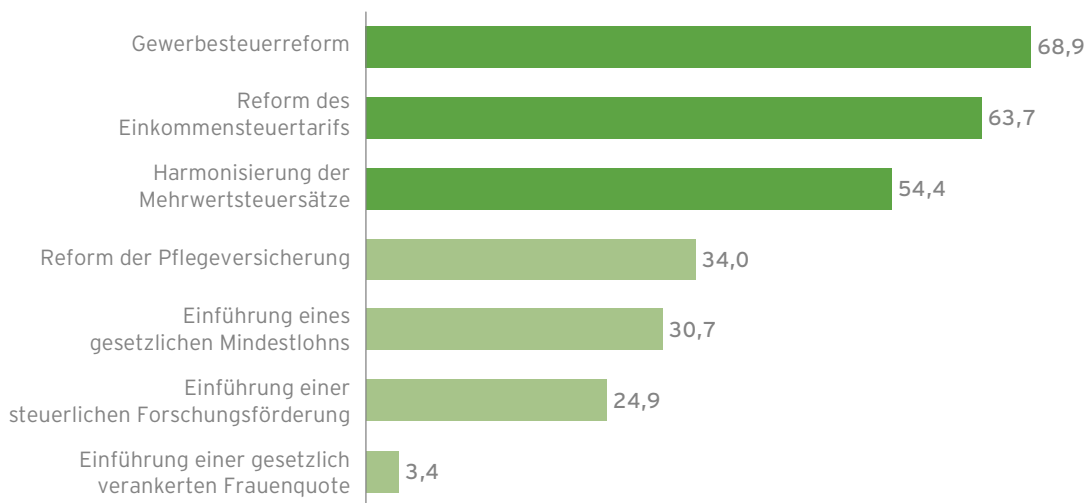
Die Politik sollte die derzeit positive Bewertung der Rahmenbedingungen nicht zum Anlass nehmen, in ihren Reformbemühungen nachzulassen, denn die Unternehmen mahnen weitere Reformen an. Die drei wichtigsten Handlungsfelder, die aus Sicht der Industrie noch in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen werden sollten, sind die Gewerbesteuerreform, die Reform des Einkommensteuertarifs und die Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze (siehe Abbildung 2). Damit wurde in zwei Dritteln aller Fälle eines dieser Themen als bedeutendes Reformthema für diese Legislaturperiode benannt.

Von der Gewerbesteuerreform erwarten fast 69 % der mittelständischen Industrieunternehmen, dass der Gesetzgeber die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen beseitigt. Die laufenden Verhandlungen zu diesem Thema haben jedoch nach rund einjährigen Beratungen noch kein Ergebnis gebracht. Eine strukturelle Reform des Einkommensteuertarifs ist aus der Sicht von fast zwei Dritteln der Unternehmen ebenfalls wünschenswert. Hierbei gilt es, insbesondere die kalte Progression sowie die überproportionale Belastung mittlerer Einkommen zu entschärfen. Diese leistungsfreundlichere Gestaltung des Einkommensteuertarifs könnte - aus der Sicht der Industrie - die Binnenkonjunktur weiter beleben. Auch bei der Harmonisierung der Mehrwertsteuer dürfte keine schnelle Lösung zu erwarten sein,

¹ Der Beurteilungssaldo ergibt sich aus dem Anteil der Positiv-Meldungen minus dem Anteil der Negativ-Meldungen in Prozentpunkten.

obwohl mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen hier Handlungsbedarf sieht: Immerhin gilt momentan bei rund 50 Produktgruppen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz - ein Zusammentreffen der Kommission, die diesen Dschungel der Ausnahmen lichten soll, wurde aber bereits zweimal verschoben.

Abbildung 2
Wichtige politische Reformthemen für die aktuelle Legislaturperiode



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Mehrfachnennungen | Basis: n = 1.048 (2.933)

© IfM Bonn BDI 1/2011

Kein Votum für eine gesetzlich verankerte Frauenquote

Weitere Handlungsfelder sehen rund ein Drittel der Unternehmen in der Reform der Pflegeversicherung und drei von zehn Unternehmen in der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Für rund jedes vierte Unternehmen ist auch die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein wichtiges Handlungsfeld. Insbesondere FuE- bzw. innovationsstarke Unternehmen fordern dies. Keinen Handlungsbedarf sehen die Unternehmen in der gesetzlichen Verankerung einer Frauenquote (3,2 %).

Neue Herausforderungen durch E-Bilanz

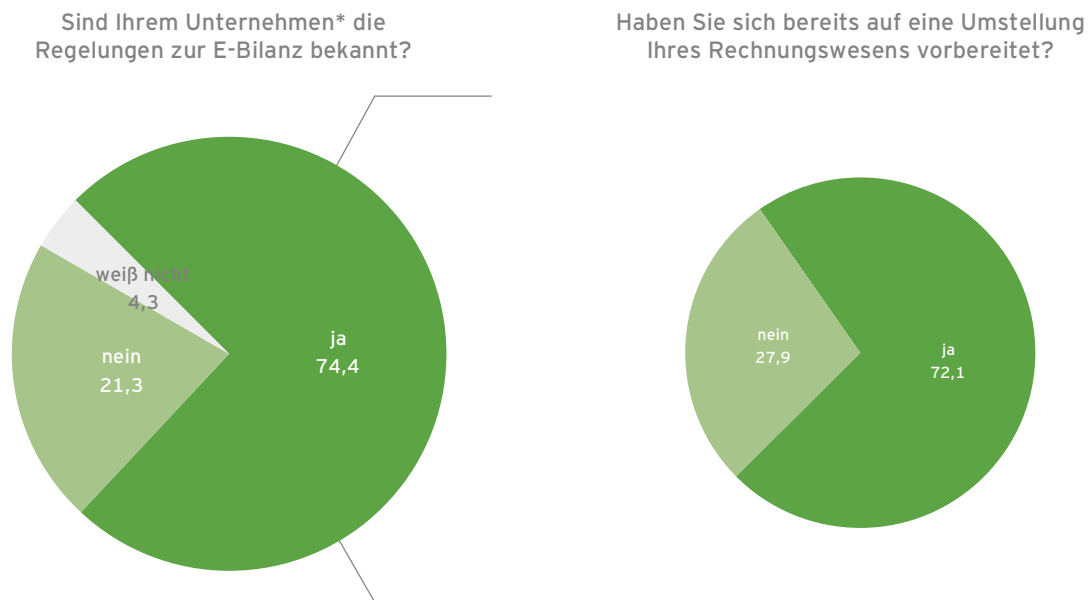
Im Rahmen der nationalen E-Government-Strategie ist zur Optimierung der Arbeitsabläufe zwischen Unternehmen und Finanzverwaltung vorgesehen, papierbasierte Verfahrensabläufe stufenweise durch elektronische Daten zu ersetzen.

Im Jahr 2008 wurde für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2010 beginnen, zunächst die Übermittlung von (Steuer-) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung durch Datenfernübertragung verpflichtend eingeführt. Der erstmalige Anwendungszeitpunkt für die sogenannte E-Bilanz wurde im Dezember 2010 jedoch um ein Jahr verschoben. Dies bedeutet

zunehmend, dass alle bilanzierenden Unternehmen - unabhängig von Rechtsform und Größe - die Jahresabschlüsse für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2011 beginnen, in elektronischer Form an die Finanzverwaltungen übermitteln müssen. Allerdings geht der Umfang der an die Finanzverwaltung zu übermittelnden Daten weit über die gesetzliche Intention hinaus. So werden mit der E-Bilanz der Finanzverwaltung in Zukunft sehr detaillierte Unternehmensdaten sehr zeitnah zur Verfügung gestellt.

Von dieser Regelung haben derzeit rund drei Viertel der bilanzierenden Unternehmen Kenntnis (siehe Abbildung 3) - insbesondere die Unternehmen der oberen Größenklassen mit mehr als 250 Beschäftigten. Von den Unternehmen, denen die Pflicht zur Abgabe einer E-Bilanz bekannt ist, hat die Mehrheit bereits mit Umstellungen im Rechnungswesen begonnen (72,1 %).

Abbildung 3
Regelungen zur E-Bilanz



*nur für bilanzierende Unternehmen
Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 910

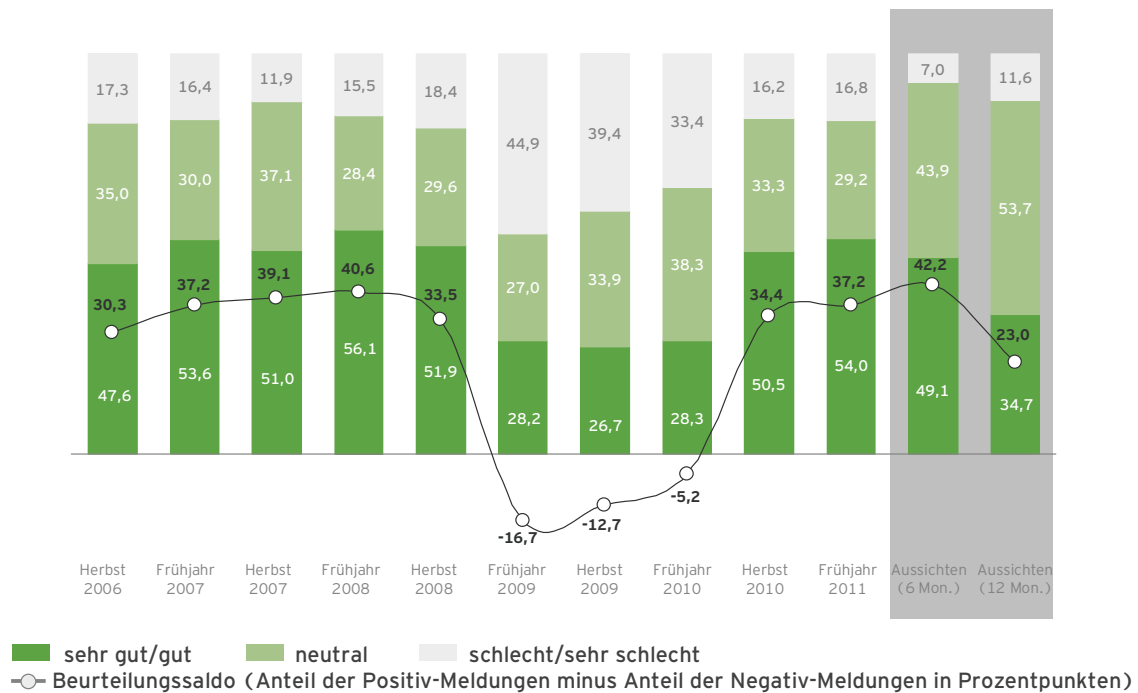
© IfM Bonn BDI 1/2011

Allerdings können die Umstellungen erst abgeschlossen werden, wenn die konkreten Vorgaben zum Aufbau und zu den Mindestpositionen des elektronisch zu übermittelnden Jahresabschlusses feststehen. Dies wird voraussichtlich erst Mitte 2011 durch die Finanzverwaltung definiert. In der zweiten Jahreshälfte 2011 muss also insgesamt noch mehr als die Hälfte der Unternehmen, die zur Abgabe einer E-Bilanz verpflichtet sind, Maßnahmen zur Umstellung ihres Rechnungswesens ergreifen.

1.2 Wirtschaftliche Lage des industriellen Mittelstands

Die positive Grundstimmung im industriellen Mittelstand hält an, so lautet ein Ergebnis der aktuellen Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels. Nach einem kontinuierlichen Anstieg über die letzten 2 Jahre erreicht der Beurteilungssaldo (Differenz aus positiven und negativen Einschätzungen) mit 37,2 Prozentpunkten seinen höchsten Stand seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise. Mit 54,0 % bewertet erneut mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen ihre eigene Geschäftslage als ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘. Nahezu konstant blieb auch die Anzahl der Unternehmen, die sich nach eigenen Angaben in einer ‚schlechten‘ bis ‚sehr schlechten‘ wirtschaftlichen Lage befinden (16,8 %). Insgesamt übertreffen die Unternehmen ihre eigenen Erwartungen - wie auch in der letzten Herbstbefragung. Beigetragen hat dazu neben der weiterhin starken Exportnachfrage nun auch die anziehende Binnenkonjunktur (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4
Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.051

© IfM Bonn BDI 1/2011

Zwar beurteilen binnenmarktorientierte Unternehmen ihre eigene Wirtschaftslage tendenziell stets schlechter als Unternehmen, die auch auf ausländischen Märkten aktiv sind. Der Anteil der ausschließlich auf dem Inlandsmarkt tätigen Unternehmen, die die aktuelle Lage ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ einschätzen, steigt aber weiter an. Damit entwickelt sich auch die inländische Nachfrage zu einer Konjunkturstütze - nicht zuletzt aufgrund anziehender Löhne und sinkender Arbeitslosigkeit.

Geschäftsaussichten: Weichen bleiben auf Aufschwung gestellt

Auch für den Rest des Jahres bleibt der überwiegende Teil der deutschen Industrieunternehmen (49,1 %) optimistisch. Da der Anteil der Unternehmen, die eine eher schlechte Geschäftslage erwarten, auf 7,0 % sinkt, steigt der Saldo der Erwartungen auf 42,2 Prozentpunkte und erreicht damit wieder Vorkrisenniveau.

Auf Jahressicht trüben sich die Erwartungen leicht ein, allerdings nicht stärker als üblicherweise. Wie die Erfahrungen der vergangenen Befragungswellen zeigen, schätzen die mittelständischen Industrieunternehmen ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung für den Planungshorizont von 12 Monaten traditionell pessimistischer ein als ihre aktuelle Lage. So fällt der Erwartungssaldo um deutliche 19,2 Prozentpunkte, der Anteil der Unternehmen, die in 12 Monaten mit ‚schlechten‘ bis ‚sehr schlechten‘ Geschäftsaussichten rechnen, steigt jedoch nur leicht auf 11,6 %. Trotz guter wirtschaftlicher Voraussetzungen schreckt der industrielle Mittelstand also vor übertriebenen Erwartungen für 2012 zurück und sieht trotz des kräftigen Aufschwungs bleibende Herausforderungen. Neben den angemahnten strukturellen Reformen stehen aus politischer Sicht auch die langfristige Bewältigung und Vermeidung von Banken- und Währungskrisen, die europäischen und amerikanischen Staatshaushalte, die Kosten eines früheren Atomausstiegs sowie die Unruhen in Nordafrika im Fokus der Aufmerksamkeit, die auch die Geschäftsaussichten der Industrieunternehmen nachhaltig beeinflussen können.

2 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

Zusammenfassung: Einen bedeutenden Anteil an der schnellen gesamtwirtschaftlichen Erholung hatten die deutschen Industrieunternehmen. So konnten rund sechs von zehn Unternehmen im vergangenen Jahr steigende Umsätze verbuchen, nicht zuletzt aufgrund der großen Nachfrage aus dem Ausland. Die gut gefüllten Auftragsbücher beeinflussen auch die Beschäftigungsentwicklung positiv: Ein Drittel der Unternehmen des industriellen Mittelstands stellte neue Arbeitskräfte ein. Unter dem Strich erholte sich auch die Umsatzrendite – diese entscheidende Erfolgskennzahl konnte ihr Vorkrisenniveau jedoch noch nicht erreichen.

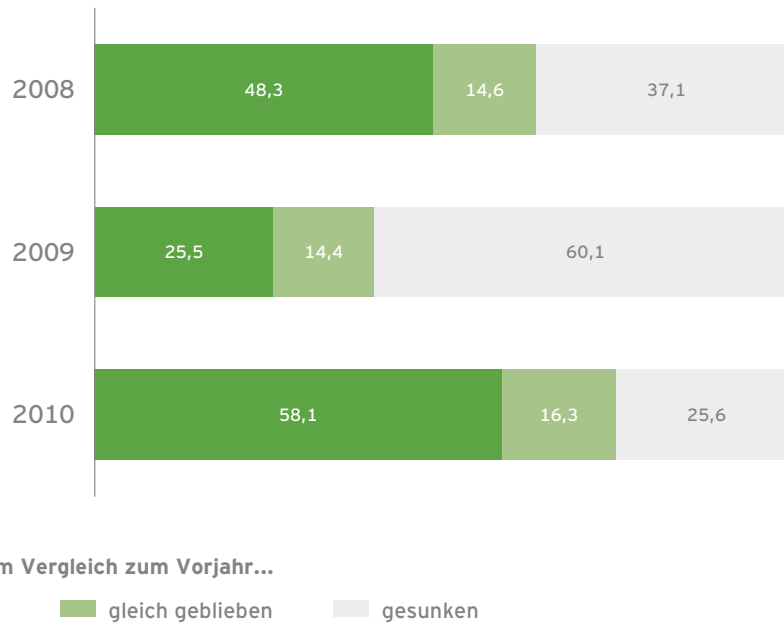
2.1 Entwicklung des Umsatzes: Der Blick geht nach vorn

Die vorab berichtete insgesamt positive Entwicklung der eigenen Wirtschaftslage basiert auf einer erfreulichen Entwicklung der industriellen Umsätze im letzten Jahr: Nach einem Minus von 18 % im Geschäftsjahr 2009 wuchs der Gesamtumsatz der deutschen Industrie von 2009 auf 2010 um 10 %. Die massiven Umsatzeinbrüche der mittelständischen Industrieunternehmen haben im Jahr 2010 im Zuge der anspringenden Konjunktur also ein Ende gefunden – konnten jedoch nicht vollständig kompensiert werden. Nach der Unternehmensgröße differenziert, variieren die Steigerungen des Umsatzvolumens im Zeitraum 2009/2010: Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten blieben mit 7,4 % Umsatzsteigerung hinter dem Durchschnitt zurück und auch binnenmarktorientierte Unternehmen zeigten mit knapp 4 % eine unterdurchschnittliche Umsatzentwicklung. Allerdings hatten diese Unternehmensgruppen 2009 nicht so starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen.

Sechs von zehn Unternehmen verzeichnen Umsatzsteigerungen

Hatten 2009 rund 60 % der Unternehmen mit sinkenden Umsätzen zu kämpfen, konnte in 2010 ein fast ebener Anteil an Unternehmen steigende Absatzzahlen verbuchen. Lediglich ein Viertel der Unternehmen musste im Jahr des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sinkende Umsätze hinnehmen (siehe Abbildung 5). Besonders stark von den massiven Umsatzrückgängen waren in den Krisenjahren 2008 und 2009 größere und exportorientierte Unternehmen betroffen. Hier konnte im Jahr 2010 wiederum ein besonders großer Anteil von Unternehmen überdurchschnittlich häufig steigende Umsätze verzeichnen.

Abbildung 5
Entwicklung des Umsatzes im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 991

© IfM Bonn BDI 1/2011

Kräftiger Zuwachs bei Exportumsätzen

Im Einklang mit der Erholung der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr steigen auch die Ausfuhren der deutschen Industrie deutlich. Die retrospektive Analyse zeigt, was viele prognostiziert hatten: Mit einem Plus von 17,7 % wuchs der Exportumsatz der auslandsaktiven Unternehmen kräftig und konnte das Wachstum des Gesamtumsatzes deutlich überflügeln. Das bestätigt die hohe Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Industrieunternehmen im internationalen Vergleich. Insgesamt verzeichneten mehr als die Hälfte der exportierenden Unternehmen steigende Exportumsätze.

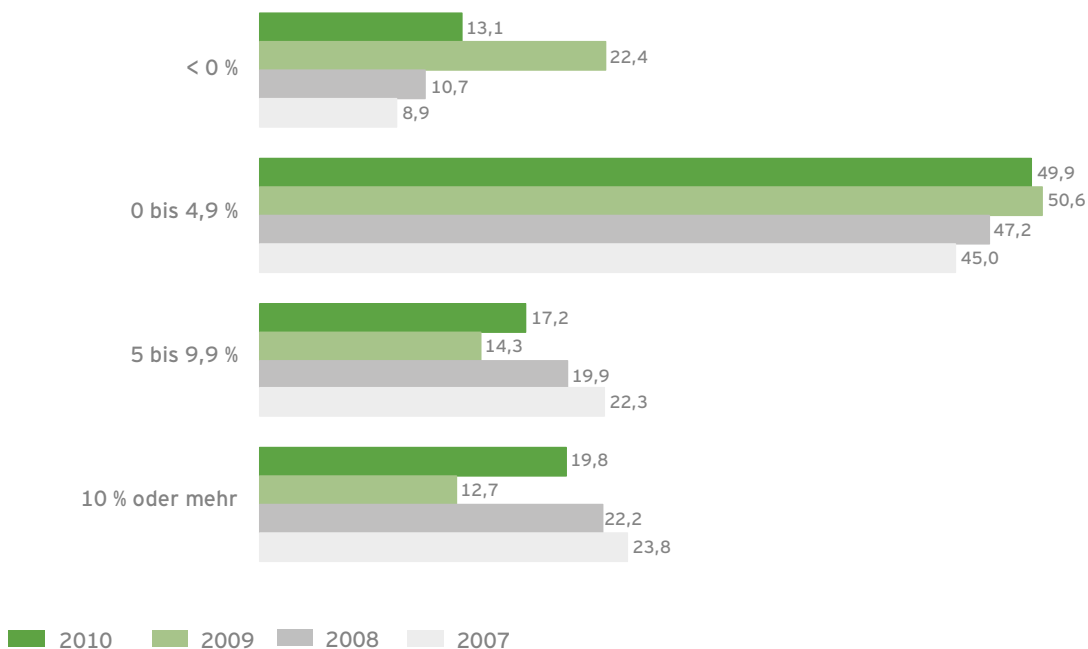
Die Exportquote, d.h. der Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz aller Unternehmen, ist im Jahr 2010 leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 34 % gefallen. Im Vergleich eine überdurchschnittlich positive Entwicklung ihrer Exportquote verzeichneten größere Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Hier liegt die Quote mittlerweile wieder bei 38,1 %.

Entwicklung der Umsatzrendite überwiegend positiv

Die Umsatzrendite vor Steuern, d.h. der Jahresüberschuss vor Steuern im Verhältnis zum Umsatz, gibt als zentrale Kennzahl Auskunft über den Unternehmenserfolg am Markt. Nach einer recht stabilen Entwicklung im Jahr 2008 war diese Kennzahl im Krisenjahr 2009 massiv eingebrochen. Im vergangenen Jahr 2010 konnte jedoch auch die Profitabilität der Unternehmen den allgemeinen Aufwärtstrend bestätigen.

Mehr als ein Drittel (37 %) der mittelständischen Industrieunternehmen erwirtschaftete im Jahr 2010 eine Umsatzrendite von 5 % oder mehr - fast zehn Prozentpunkte mehr als im Krisenjahr 2009. In der höchsten Renditeklasse von 10 % und mehr wuchs der Anteil der Unternehmen von 2009 auf 2010 am stärksten. Renditestark sind speziell Unternehmen, die für das Jahr 2010 ein starkes Umsatzwachstum verzeichnen konnten. Diese erwirtschafteten überdurchschnittlich häufig eine Rendite von 10 % und mehr. Schrieben 2009 noch zwei von zehn Unternehmen rote Zahlen, mussten im abgelaufenen Jahr nur 13,1 % der befragten Unternehmen Verluste hinnehmen (siehe Abbildung 6). Dennoch haben die Erträge insgesamt noch nicht das Niveau der Jahre 2007 und 2008 erreicht.

Abbildung 6
Entwicklung der Umsatzrendite der Industrie im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 920

© IfM Bonn BDI 1/2011

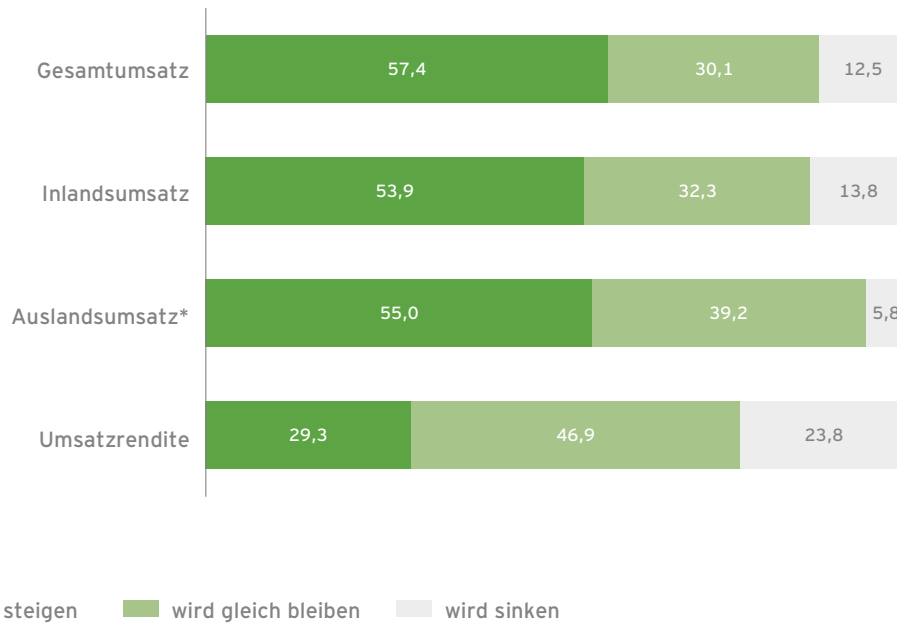
Aussichten für 2011 sind durchweg optimistisch

Hatten die steigende Zahl der Auftragseingänge und die dadurch bedingte Ausweitung der Produktion bereits auf eine Erholung im Verlauf des Jahres 2010 hingedeutet, konnten die optimistischen Erwartungen rückblickend durchaus übertroffen werden. Insgesamt dürfte sich dieser positive Trend, sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten des industriellen Mittelstands, auch 2011 fortsetzen - zumindest wenn sich die Erwartungen der Industrie erfüllen: Mit 57,4 % geht mehr als jedes zweite Unternehmen von steigenden Gesamtumsätzen aus, drei von zehn Unternehmen erwarten gleich bleibende Gesamtumsätze. Lediglich 12,5 % der Unternehmen prognostizieren für das laufende Geschäftsjahr Umsatzrückgänge - nur halb so viele wie vor einem Jahr. In Bezug auf die Auslandsumsätze sind es sogar nur 5,8 % der exportierenden Unternehmen.

Entsprechend gehen rund drei von zehn Unternehmen von einer positiven Entwicklung der Umsatzrendite vor Steuern aus und fast jedes zweite Unternehmen rechnet mit einer konstanten Rendite (46,9 %), während 23,8 % ein Absinken erwartet - kaum mehr als vor der Krise (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7

Für 2011 erwartete Entwicklung zentraler Umsatzkennzahlen



*nur Unternehmen mit Export in 2010
Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.011

© IfM Bonn BDI 1/2011

2.2 Beschäftigung in der Industrie: Günstige Bedingungen für eine schnelle Erholung

Der tiefe Einbruch des Bruttoinlandsprodukts während der Krise 2008/2009 wurde entgegen aller Muster früherer Krisen fast ausschließlich über eine Reduzierung der geleisteten Arbeitsstunden - nicht zuletzt durch den Einsatz von Kurzarbeit - und der Produktivität aufgefangen. Gerade die deutsche Industrie hielt größtenteils an ihren Arbeitskräften fest. Zwar musste 2009 fast jedes zweite Unternehmen Arbeitskräfte abbauen, der absolute Beschäftigungsrückgang in der deutschen Industrie hielt sich jedoch in Grenzen.

Ein Drittel der Unternehmen hat Personal eingestellt

Den aktuellen Panelergebnissen zufolge wurden bereits 2010 die Erwartungen übertroffen. Der krisenbedingte Stellenabbau des Vorjahres wurde gestoppt, die Industrie insgesamt registrierte ein leichtes Beschäftigungsplus. So gelang es letztendlich den deutschen Industrieunternehmen - wohl auch dank ihrer moderaten Beschäftigungspolitik -, schnell auf das Anziehen der Güternachfrage zur Jahresmitte 2009 zu reagieren. Damit haben sie sicherlich auch den gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Aufschwung vorangetrieben - denn Zeit und Kosten der Personalsuche wurden gespart.

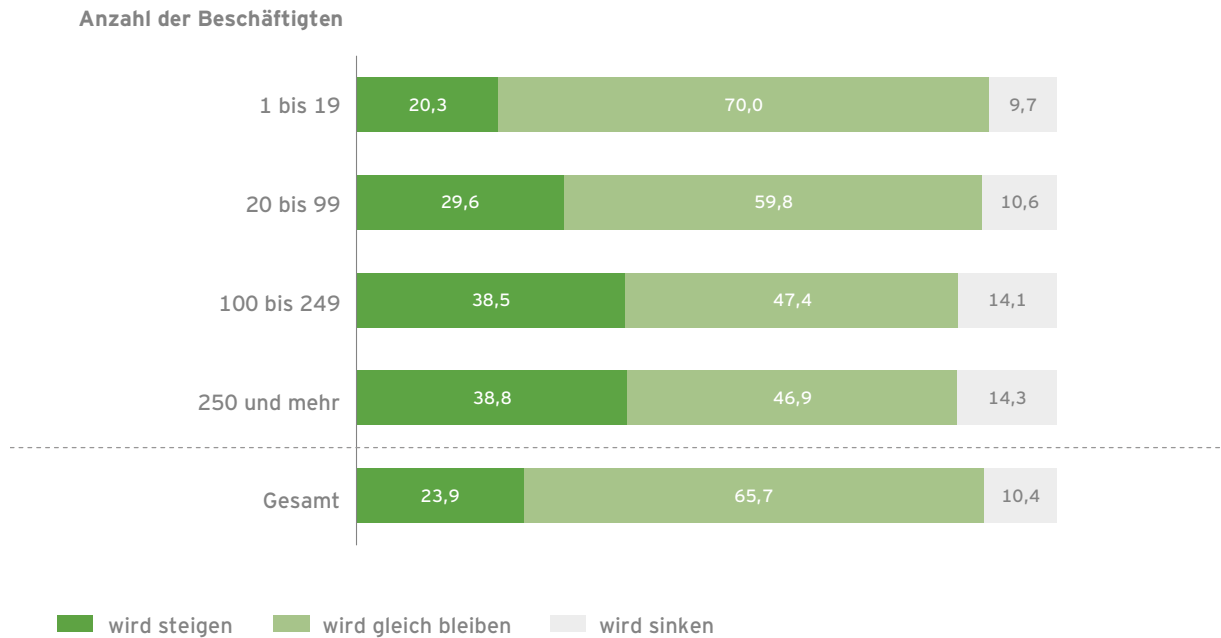
Nach Angaben der Befragungsteilnehmer konnte ein Drittel der Unternehmen wieder Personal einstellen. Damit hat die Inlandsbeschäftigung im industriellen Sektor von 2009 auf 2010 um 4,5 % zugenommen, während sie 2009 noch um 2,3 % gefallen war. Waren 2009 die Einschnitte in den Personalbestand in großen exportorientierten Unternehmen umso deutlicher, zeigte sich 2010, dass gerade diese Unternehmen überdurchschnittlich häufig Personal eingestellt haben - bei den größeren Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten sogar mehr als jedes zweite.

Perspektive für 2011: Mehr Unternehmen suchen Personal

Nach den Planungen für das Jahr 2011 wird fast ein Viertel der mittelständischen Industrieunternehmen die Inlandsbeschäftigung weiter steigern - insbesondere größere und exportstärkere Unternehmen. Die Mehrheit der mittelständischen Industrieunternehmen plant jedoch, ihre Beschäftigung konstant zu halten (65,7 %; siehe Abbildung 8).

Lediglich eins von zehn Unternehmen rechnet hingegen mit einem Abbau inländischer Arbeitsplätze, so dass der erwartete Saldo der Inlandsbeschäftigung bei einem Plus von etwa 13,5 Prozentpunkten liegt. Auslandsaktive Unternehmen schätzen die Beschäftigungsaussichten sogar noch deutlich positiver ein. Hier erwarten vier von zehn Unternehmen eine Zunahme der Inlandsbeschäftigung, während lediglich knapp 7 % von einem Rückgang ausgehen.

Abbildung 8
Für 2011 erwartete Entwicklung der Inlandsbeschäftigung



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.018

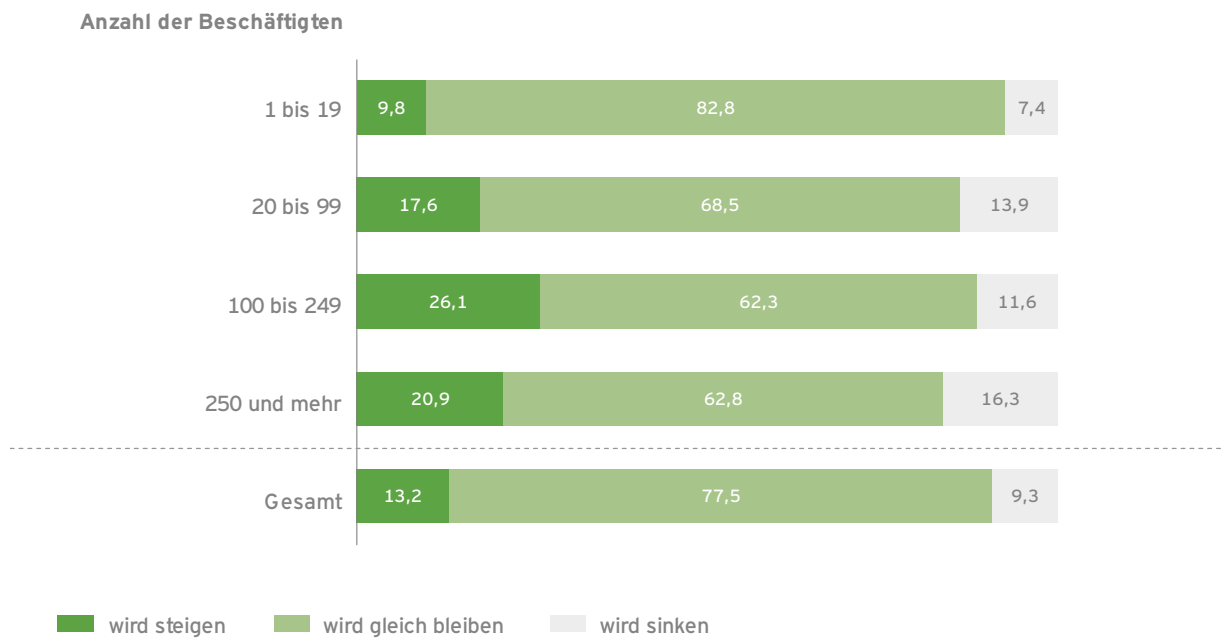
© IfM Bonn BDI 1/2011

Zeitarbeit: Leichter Aufwärtstrend setzt sich fort

Die Zahl der Leiharbeiter gilt als ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung der Gesamtwirtschaft, da dieses Instrument sowohl im Ab- als auch im Aufschwung eine gewisse Flexibilität in der Personalplanung erlaubt. So zeigte sich während des konjunkturellen Abschwungs schon relativ früh ein umfangreicher Rückgang der entliehenen Arbeitnehmer. Der starke krisenbedingte Abbau in diesem Arbeitsmarktsegment kam bereits 2009 zum Stillstand, die Aussichten für 2010 ließen jedoch keinen übermäßigen Aufwärtstrend erwarten. Nach dem massiven Rückgang über den Jahreswechsel 2008/2009 stieg die Zahl der Unternehmen, die Leiharbeiter beschäftigen, wieder leicht an: Ein Viertel der deutschen Industrieunternehmen entlieh in 2010 Arbeitnehmer - gut 10 Prozentpunkte mehr als in 2009. Besonders kräftig erhöhte sich die Zahl der Leiharbeiter in Unternehmen der oberen Größenklassen, die in diesem Arbeitsmarktsegment insgesamt deutlich aktiver sind - ebenso wie in stark exportorientierten Unternehmen.

Vorerst erwartet die Mehrheit der mittelständischen Industrieunternehmen, dass die Zahl der Leiharbeiter auf einem konstanten Niveau bleibt. Lediglich 13,2 % der Unternehmen planen, in naher Zukunft die Zahl der Leiharbeitskräfte im eigenen Unternehmen auszuweiten (siehe Abbildung 9). Bei einer anhaltend guten konjunkturellen Entwicklung und einer weiter zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten ist jedoch zu erwarten, dass auch die Bedeutung dieses Arbeitsmarktsegments weiter steigt.

Abbildung 9
Für 2011 erwartete Entwicklung der Nutzung von Leiharbeit



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 720

© IfM Bonn BDI 1/2011

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die Erholung der deutschen Wirtschaft erfolgt rasch und nachhaltig und wird sich auch 2011 weiter fortsetzen. Die Basis der konjunkturellen Entwicklung ist breiter geworden, da sie sich nicht mehr alleine auf die Auslandsnachfrage stützt, sondern zunehmend von der Binnenkonjunktur getragen wird. Das spiegelt sich sowohl in der Entwicklung der Umsätze als auch in der Beschäftigungsentwicklung wider.

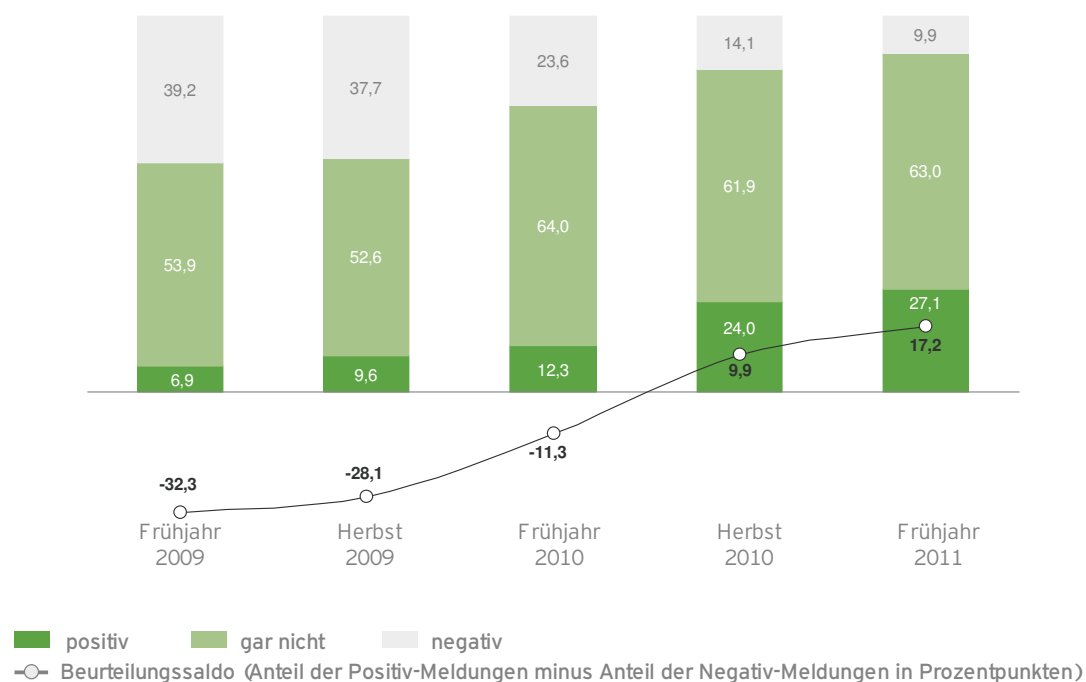
3 Finanzierungs- und Investitionsbedingungen

Zusammenfassung: Nach den Monaten der Zurückhaltung zeigt sich die Industrie in 2010 wieder mit größerem investiven Engagement. Hauptträger dieser Entwicklung sind größere und exportierende Unternehmen. Und die Prognosen zeigen: Auch für 2011 dürfte sich diese Entwicklung weiter fortsetzen; der Investitionsstau löst sich auf. Dafür sprechen nicht zuletzt auch die sich weiter verbessernden Finanzierungsbedingungen und die von den Unternehmen erwartete steigende Auslastung vorhandener Kapazitäten.

3.1 Finanzierungsbedingungen fördern Investitionsaktivitäten

Bereits vor einem Jahr ließen sich erste Entspannungstendenzen bei der Kreditversorgung der deutschen Industrieunternehmen erkennen. Der seitdem zu verzeichnende positive Trend wird durch die aktuellen Umfrageergebnisse erneut bestätigt - die Finanzierungsbedingungen haben sich weiter entspannt.

Abbildung 10
Entwicklung der Finanzierungsbedingungen im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.028

© IFM Bonn BDI 1/2011

Mehr als jedes vierte Industrieunternehmen äußerte sich positiv über die Entwicklung ihres finanziellen Umfelds, und nur jedes zehnte berichtete von einer Verschlechterung (siehe Abbildung 10). Zu diesem positiven Gesamtbild dürften die Unternehmen durch die im Herbst angekündigte Anpassung ihrer Finanzierungsstrategie und die Stärkung ihrer Innenfinanzierung ein Stück weit selbst beigetragen haben.

Auslandsaktive Mittelständler spüren verbesserte Finanzierungslage

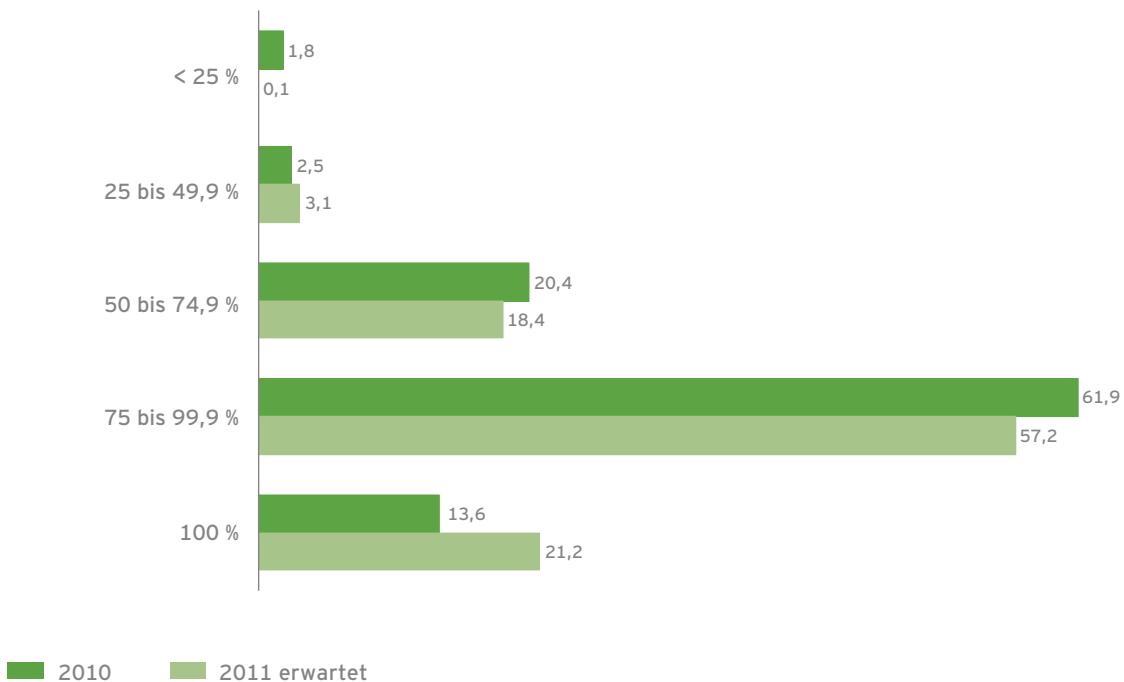
Von der positiven Entwicklung der Finanzierungsbedingungen profitieren vor allem auslandsaktive Unternehmen. Im Vergleich zu rein binnenmarktorientierten Unternehmen (18,4 %) berichten diese Unternehmen fast doppelt so häufig von einer positiven Entwicklung (33,1 %). Auch Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten sehen deutlich häufiger eine positive Entwicklung als kleine Unternehmen. Damit setzt sich die Tendenz der letzten Herbstbefragung fort. Die Hinweise auf eine drohende Kreditklemme hatten sich bereits im Verlauf des Jahres 2010 spürbar reduziert und sind weiterhin nicht in Sicht.

Mehrheitlich stärkere Kapazitätsauslastung für das laufende Jahr erwartet

Während der konjunkturellen Verwerfungen und angesichts der damit einhergehenden Nachfrageausfälle blieben die Produktionskapazitäten der Unternehmen zu ungewohnt hohen Teilen unausgelastet.

Bei nun merklich positiveren Vorzeichen werden die Kapazitäten deutlich besser ausgenutzt. Im Jahr 2010, das geprägt war durch die beginnende Erholung, lag die Kapazitätsauslastung mehrheitlich über 75 % und nur ein kleiner Anteil von Unternehmen gab an, weniger als ein Viertel der vorhandenen Kapazitäten zu nutzen (1,8%; siehe Abbildung 11). Eine deutlich geringere Kapazitätsauslastung verzeichneten dabei kleine und binnenmarktorientierte Unternehmen. Insgesamt lasteten immerhin über 13 % der Unternehmen ihre vorhandenen Kapazitäten im Jahr 2010 bereits voll aus.

Abbildung 11
Kapazitätsauslastung in der deutschen Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.026

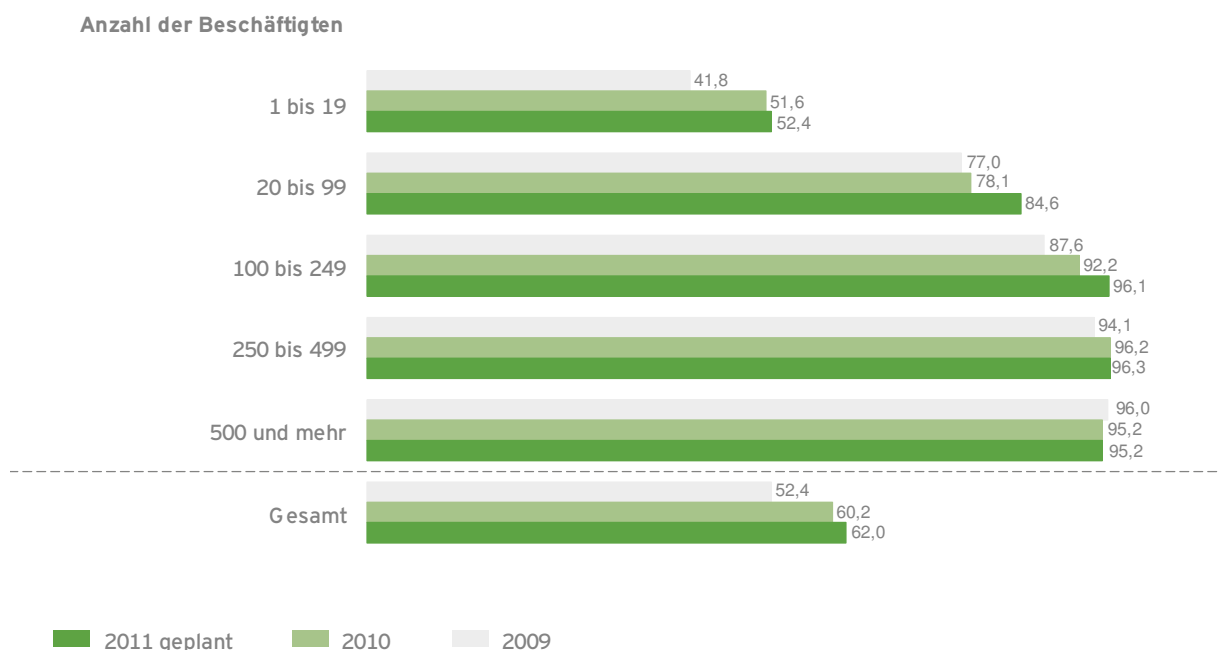
© IfM Bonn BDI 1/2011

Ein Blick in die nahe Zukunft zeigt, dass fast jedes zweite Unternehmen für 2011 eine stärkere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten erwartet. Diese Einschätzung vertreten vor allem ausschließlich im Inland aktive Unternehmen - ein weiteres Indiz für das Wiedererstarken der deutschen Binnenkonjunktur. Die Ergebnisse lassen erwarten, dass auch die Investitionsbereitschaft des industriellen Mittelstands weiter zurückkehren wird. Das Augenmerk sollte nun darauf gerichtet sein, sich bietende Wachstumschancen zu nutzen und durch Investitionen den vernachlässigten Kapitalstock zu stärken.

3.2 Unternehmensinvestitionen erholen sich

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zwang einen großen Teil der mittelständischen Industrieunternehmen, nicht zwingend notwendige Ausgaben zu stoppen und Investitionen zu verschieben, um krisenbedingte Ausfälle zu kompensieren. Zwar zeigte sich bereits in 2009 ein erster Lichtblick, als das tatsächliche Investitionsvolumen die Erwartungen deutlich übertraf. Jedoch sank gerade bei den kleineren Unternehmen im Jahr 2009 der Anteil der investierenden Unternehmen auf nur noch 41,8 %, den tiefsten Stand seit Beginn der Erhebungen des BDI-Mittelstandspanels im Jahr 2005.

Abbildung 12
Anteil der investierenden Unternehmen von 2009 bis 2011



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.017

© IfM Bonn BDI 1/2011

Deutlich stabiler war das Investitionsverhalten größerer Unternehmen, die überwiegend auch in der Krise investierten - wenngleich das Investitionsvolumen erheblich zurückging, da geplante Projekte zurückgestellt wurden. Es zeigen sich hier unterschiedliche, größenbedingte Verhaltensmuster: Während die größeren Firmen kontinuierlich investieren - oft

auf der Basis langfristiger Pläne -, sind für die Kleinunternehmen „Sprunginvestitionen“ typisch, deren Realisierung stark von der Auftrags- und Beschäftigungslage abhängt.

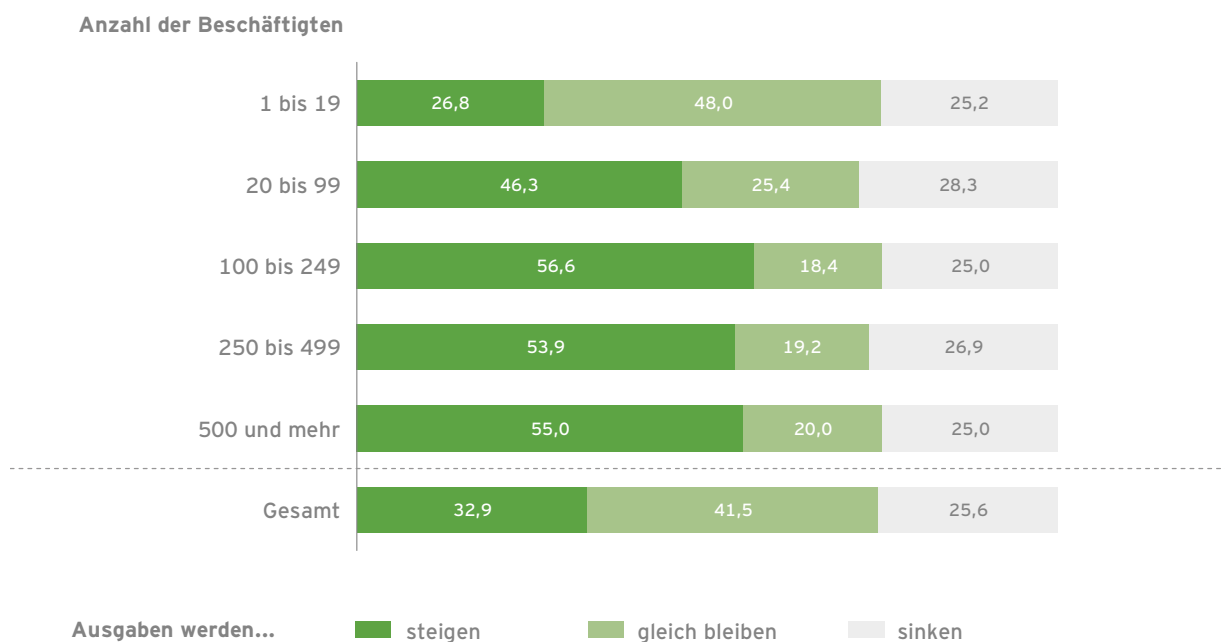
Zu Beginn des Jahres 2010 war kaum mit einer Steigerung der Investitionsbereitschaft zu rechnen, insgesamt planten lediglich 53 % der damals befragten Unternehmen zu investieren. Rückblickend zeigen die aktuellen Ergebnisse der Frühjahrsbefragung: Die mittelständischen Industrieunternehmen haben Vertrauen in den Aufschwung und wollen wieder mehr Investitionen tätigen. Sechs von zehn Unternehmen haben bereits 2010 investiert, wobei vor allem auch die Investitionsbereitschaft kleiner Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern deutlich zunahm (51,6 %; siehe Abbildung 12).

Fortsetzung des Aufwärtstrends: Investitionsvolumen kommt in Schwung

Im Gegensatz zur Frühjahrsbefragung 2010 geht knapp ein Drittel der befragten Unternehmen auch von einer positiven Entwicklung des Investitionsvolumens aus (siehe Abbildung 13). Überdurchschnittlich häufig beabsichtigen mittlere und große sowie exportorientierte Unternehmen ihre Investitionsausgaben zu erhöhen. Ist es bei den Unternehmen höherer Größenklassen mehr als jedes zweite, geht in den Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten nur ein Viertel der Unternehmen von einer positiven Ausweitung ihrer Investitionsaktivitäten aus - so ist die Entwicklung hier zwar positiv, aber insgesamt doch deutlich zurückhaltender. Bei den kleinen Unternehmen scheint die Skepsis bezüglich der zukünftigen Geschäftsentwicklung noch ausgeprägter, was sich in konstanten oder geringeren Investitionsbudgets niederschlägt.

Abbildung 13

Für 2011 erwartete Entwicklung der Investitionsausgaben



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.006

© IfM Bonn BDI 1/2011

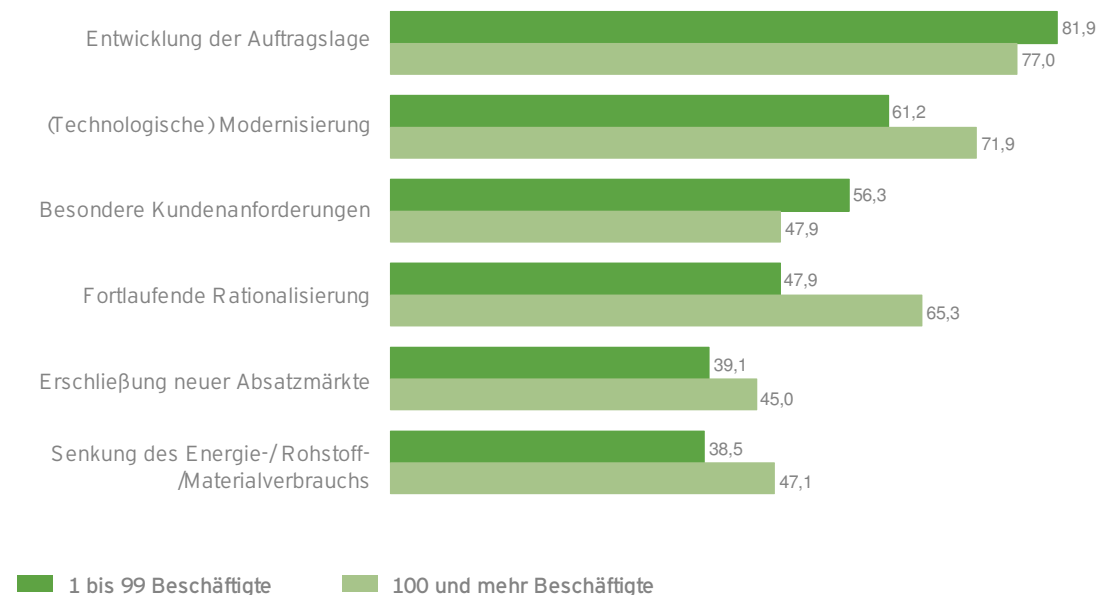
Ausweiten wollen die Unternehmen - speziell mittlere und große - vor allem ihre Investitionen in Maschinen und Produktionsanlagen (38,2 %). Im Vergleich zum vergangenen Jahr will außerdem mehr als ein Viertel der Unternehmen die Investitionsbudgets für EDV und elektronische Steuerung anheben. Eine Aufstockung der Ausgaben für Fahrzeuge steht für die Mehrheit der Unternehmen in diesem Jahr nicht an. Und auch Investitionen in Immobilien spielen bei der Verteilung der geplanten Investitionsausgaben eher eine untergeordnete Rolle. Hier möchte jedes siebte Unternehmen im laufenden Jahr mehr investieren.

Auftragslage entscheidet Investitionsverhalten

Verantwortlich für die positive Entwicklung der Investitionsbereitschaft ist zuvorderst die gute Entwicklung der Auftragseingänge in der Industrie: Mehr als acht von zehn der befragten Unternehmen schätzen diese als maßgeblich für ihr investives Engagement ein. Mit deutlichem Abstand folgt die (technologische) Modernisierung, die für mehr als sechs von zehn Unternehmen ein Investitionsmotiv von hoher Bedeutung ist. Für rund 55 % bzw. 51 % der Unternehmen sind besondere Kundenanforderungen und fortlaufende Rationalisierungen wichtige Gründe. Immerhin vier von zehn Unternehmen finden auch die Senkung des Energie-, Rohstoff- und Materialverbrauchs und die Erschließung neuer Absatzmärkte als Investitionsmotiv wichtig.

Abbildung 14

Motive der Investitionsentscheidung



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 728

© IfM Bonn BDI 1/2011

Allerdings zeigen sich deutliche größenklassenspezifische Unterschiede (siehe Abbildung 14): Die Auftragslage ist vor allem für kleine Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten entscheidend. Für Unternehmen größerer Mitarbeiterklassen spielt - ebenso wie für auslandsaktive Unternehmen - der Modernisierungsaspekt eine fast gleichbedeutende Rol-

le. Und auch fortlaufende Maßnahmen der Rationalisierung und Effizienzsteigerung sind für größere und exportorientierte Unternehmen als Investitionsmotiv von deutlich höherer Bedeutung als für kleine Unternehmen.

4 Energie- und Rohstoffsicherheit: Eine Frage der Zukunft

Zusammenfassung: Die Weltwirtschaft hat wieder Fahrt aufgenommen, was auch die Nachfrage nach Energie und anderen Rohstoffen beflügelt. So erholten sich die Energiepreise rasch von den Tiefständen in der Rezession und auch zahlreiche andere Rohstoffe verteuerten sich zuletzt stark. Dabei sind die Rohstoffmärkte äußerst volatil. Die spürbare Verteuerung und Verknappung von Energie und wichtigen Rohstoffen treffen die mittelständischen Industrieunternehmen dabei besonders hart. Vor diesem Hintergrund lag ein Fokus der aktuellen Erhebungswelle auf den Auswirkungen hoher Energie- und Rohstoffpreise und den Möglichkeiten zur Kostenreduktion. Die Ergebnisse zeigen: Die deutsche Industrie spürt Ertragsminderungen durch die steigende Kostenbelastung und versucht, diesen durch Verbesserungen bei den Einkaufskonditionen und effizienzsteigernde Maßnahmen zu begegnen.

4.1 Auswirkungen hoher Energie- und Rohstoffpreise

Wenngleich sich die Preise der meisten Rohstoffe langfristig eindeutig nach oben entwickelten, sind die Rohstoffmärkte durch eine äußerst hohe Volatilität gekennzeichnet. Die Gründe für die aktuellen Preisschwankungen beispielsweise beim Rohöl sind vielfältig: Unsicherheiten über die Stärke des weltweiten Wirtschaftswachstums oder eine überraschende Produktionsausweitung der Nicht-OPEC-Länder drücken die Ölpreise, während das rasche Wachstum rohstoffintensiver Länder wie China und Indien oder die politischen Instabilitäten in Nordafrika preissteigernd wirken. Da langfristig von steigenden Preisen auszugehen ist, hatten die mittelständischen Industrieunternehmen in der aktuellen Befragungswelle die Möglichkeit, die Auswirkungen hoher Energie- und Rohstoffpreise einzuschätzen.

Versorgung mit Energie und Rohstoffen von hoher Bedeutung

Stark schwankende und tendenziell steigende Preise von Energie und Rohstoffen, aber auch deren Verfügbarkeit stellen den industriellen Mittelstand vor neue unternehmerische Herausforderungen. Während im nicht-energetischen Bereich speziell Wettbewerbsverzerrungen und Verfügbarkeitsprobleme das dominierende Problem sind, werden die Unternehmen durch Maßnahmen der staatlichen Energiepolitik belastet.

Für sieben von zehn der befragten Unternehmen spielt daher die Energie- und Rohstoffsicherheit eine ‚sehr hohe‘ bis ‚hohe‘ Bedeutung - unabhängig von Unternehmensgröße und Exportorientierung. Kein Einfluss auf das Votum hat das von der Regierung Mitte März verkündete Moratorium, welches u. a. eine erneute Prüfung der Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke vorsieht.

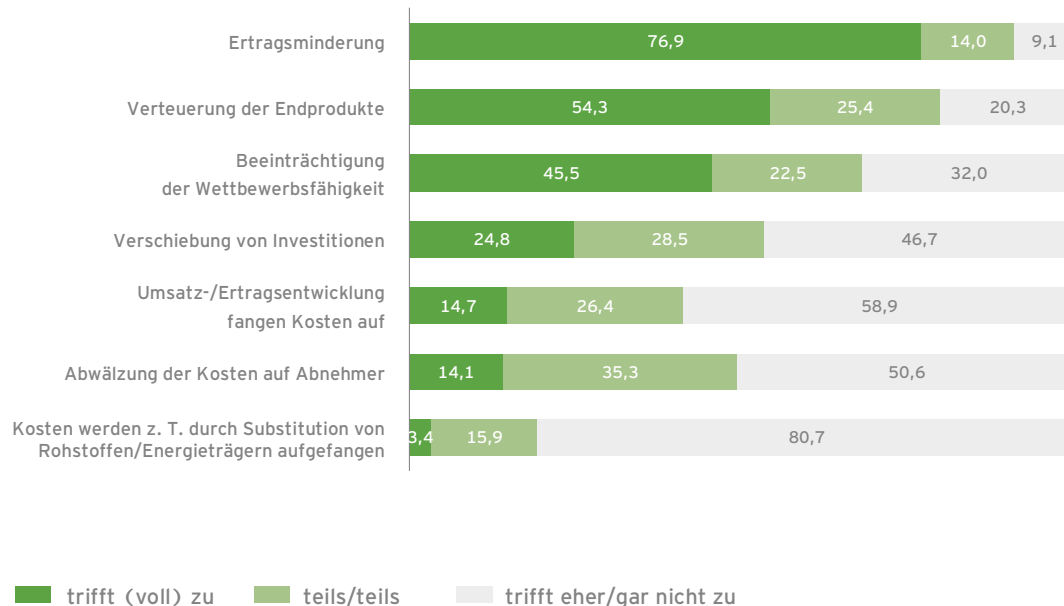
Ertragseinbußen durch hohe Rohstoff- und Energiepreise

Mit einem Anteil von durchschnittlich 36,0 % bzw. 8,8 % an den Gesamtkosten sind Material und Energie zwei bedeutende Posten in der Kostenrechnung der Unternehmen. Als Folge des Preisanstiegs bei Energie und Rohstoffen mussten daher mehr als drei Viertel der Unternehmen des industriellen Mittelstands Ertragsminderungen in Kauf nehmen. Etwa 54 % der Unternehmen - überdurchschnittlich häufig ausschließlich im Inland aktive Unternehmen - waren gezwungen, ihrerseits die Preise für ihre Endprodukte anzuheben, was nicht ohne Folgen für die Nachfrage bleiben dürfte. Durch die geschilderten Kostensteigerungen sehen 45,5 % ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und knapp ein Viertel der befragten Unternehmen war bereits gezwungen, geplante Investitionen zu verschieben.

Aufgrund der gerade erst überwundenen konjunkturellen Verwerfungen der Krisenjahre 2008 und 2009 wundert es nicht, dass sich über die Hälfte der Unternehmen momentan außer Stande sieht, die wachsende Kostenbelastung durch eine gute Umsatz- und Ertragsentwicklung aufzufangen. Trotz des klaren Aufwärtstrends und der verbesserten wirtschaftlichen Lage verhindern intensiver Wettbewerb und weiterhin bestehende Unsicherheiten, die steigende Kostenbelastung vollends an den Endverbraucher weiterzugeben - insgesamt gelingt dies nur 14 % (siehe Abbildung 15).

Abbildung 15

Auswirkungen der hohen Energie- und Rohstoffpreise aus Sicht der Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.030

© IfM Bonn BDI 1/2011

Substitution von Rohstoffen und Energieträgern kaum möglich

Aus Sicht einer bedeutenden Mehrheit der Unternehmen bestehen kaum Möglichkeiten, Rohstoffe und Energieträger durch Substitute zu ersetzen. Die langfristige Gestaltung des Energiemix wird für die Verbraucher auf Dauer ein vergleichsweise hohes und volatiles

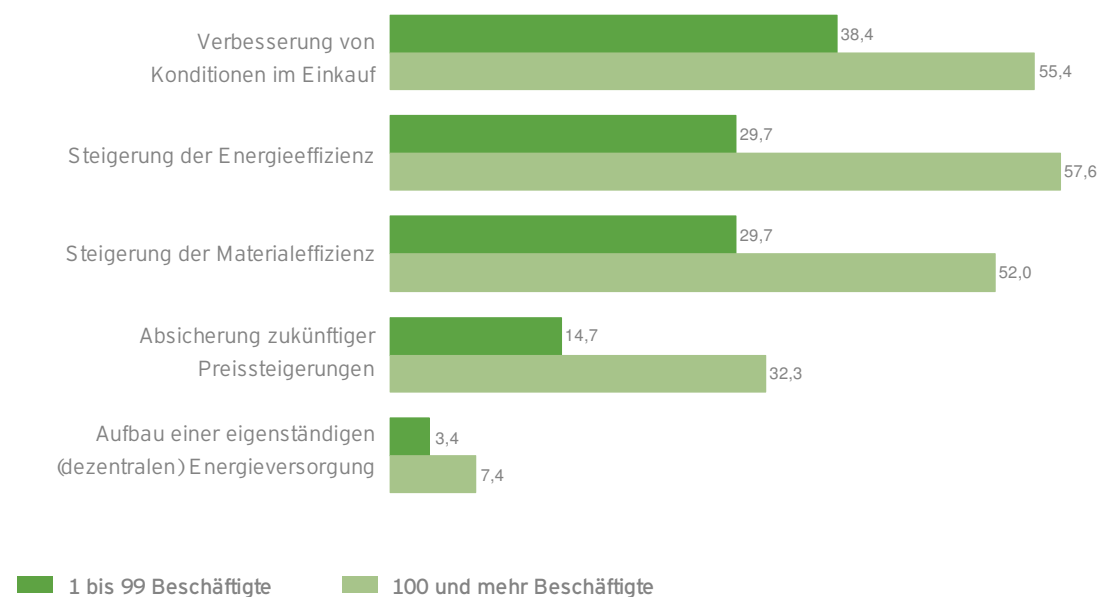
Preisniveau für Energie und Rohstoffe bedeuten - eine Entwicklung, von der die energieintensive Produktion der deutschen Industrie besonders betroffen ist. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit von produktionstechnischen und absatzorientierten Lösungen zur Kompensation der Kostensteigerungen, aber auch der Entwicklung energiesparender und somit wettbewerbsfähiger Produkte.

4.2 Maßnahmen zur Reduktion von Energie- und Materialkosten

Im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels stufte im vergangenen Herbst mehr als die Hälfte der Unternehmen die Entwicklungen an den Rohstoff- und Energiemärkten als entscheidend für die Beurteilung ihrer Wirtschaftslage ein. Im Umgang mit steigenden Kosten für Energie und Material verlassen sich die Unternehmen nicht alleine auf die Politik, sondern ergreifen selbst Maßnahmen zur Reduzierung der zunehmenden Kostenbelastungen. Dabei führen Unternehmen, die die Bedeutung der Energie- und Rohstoffsicherheit als besonders hoch einstufen, auch besonders häufig selbst Maßnahmen zur Senkung ihrer Kosten für Energie und Material durch.

Abbildung 16

Maßnahmen zur Reduktion der Material- und Energiekosten



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.014

© IfM Bonn BDI 1/2011

Unternehmen setzen auf Verbesserung der Einkaufskonditionen

Im Herbst 2008 setzten die Unternehmen in erster Linie auf effizienzsteigernde Maßnahmen: Rund 50 % der Befragten führten damals Maßnahmen zur Steigerung der Material- und Energieeffizienz durch, heute ist es insgesamt noch rund ein Drittel. Besonders im Fokus steht derzeit vor allem eine Verbesserung der Einkaufskonditionen von Energie und

Rohstoffen (40,4 %). Hierunter fallen beispielsweise Einkaufskooperationen mit Partnerunternehmen oder mittel- bis langfristige Abnahmeverträge mit Lieferanten.

Eine untergeordnete Rolle unter den abgefragten Instrumenten spielt, auf die Gesamtheit der Firmen gesehen, die Absicherung zukünftiger Preissteigerungen beispielsweise über Termingeschäfte. Auf diese Option greifen lediglich 16,9 % zurück - hier dürfte allerdings auch die unterschiedliche Relevanz solcher Geschäfte für die verschiedenen Unternehmen eine Rolle spielen. Auf eine dezentrale Energieversorgung setzen derzeit sogar weniger als 4 % der Unternehmen und lediglich weitere 4,3 % haben diesbezüglich Pläne.

Eingesetztes Instrumentarium hängt von der Unternehmensgröße ab

Eine nach Unternehmensgrößen differenzierte Analyse zeigt ganz deutlich: Die Kleinen hinken hinterher. Während Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten eher auf eine Steigerung der Energie- und Materialeffizienz setzen, streben kleine Unternehmen - trotz ihrer geringeren Marktmacht - eher eine Verbesserung ihrer Einkaufskonditionen an (siehe Abbildung 16).

Maßgeblich verantwortlich für diese unterschiedlichen Vorgehensweisen dürfte ein immer noch unbefriedigender Kenntnisstand zur Erschließung verborgener Effizienzpotenziale sein. Im Vergleich zu ihren größeren Konkurrenten haben sowohl im Bereich Energie als auch Material anteilmäßig deutlich weniger kleine Unternehmen effizienzsteigernde Maßnahmen ergriffen. Hier lassen sich entsprechend noch große ungenutzte Potenziale zur Verringerung von Energie- und Materialkosten vermuten, die neben der positiven Wirkung für Klima und Umwelt auch die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen stärken könnten.

Moratorium verschärft Sorge um steigende Energiepreise

Unternehmen, die nach dem durch die Bundesregierung erlassenen Moratorium an der Umfrage teilnahmen, planen häufiger die Steigerung ihrer Energieeffizienz und den Aufbau einer eigenständigen (dezentralen) Energieversorgung. Zwar wird aufgrund einer steigenden Energieproduktivität zukünftig der Primärenergiebedarf in Deutschland sinken. Die Unternehmen rechnen jedoch mit einer Verteuerung der Energie, die ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergie und die weitere Verknappung fossiler Rohstoffe mit sich bringen werden.

Anhang

Anmerkungen zu Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit des BDI-Mittelstandspanels setzt sich aus allen deutschen Industrieunternehmen der Wirtschaftsabschnitte „verarbeitendes Gewerbe“, „Baugewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ zusammen. Bei der ersten Erhebung im Frühjahr 2005 beteiligten sich rund 2.600 Unternehmen aus einer repräsentativen Stichprobe der Grundgesamtheit an der Befragung. Diese Unternehmen wurden in den nachfolgenden Erhebungen regelmäßig befragt. Im Rahmen der Frühjahrsbefragung 2008 wurden zusätzlich gut 14.000 Unternehmen zur Teilnahme aufgefordert. Der Einladung folgten rund 1.250 Unternehmen. Unter Berücksichtigung der laufend stattfindenden Adressbereinigung betrug die Bruttostichprobe der nunmehr dreizehnten Welle 2.971 Unternehmen. Von den angeschriebenen Unternehmen liegen auswertbare Rückläufe von 1.057 Unternehmen vor (Rücklaufquote ca. 35,6 %).

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Bruttostichprobe des BDI-Mittelstandspanels umgekehrt proportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen ausreichend viele Antworten erzielt werden. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt; in den unteren Größenklassen erfolgte eine Zufallsauswahl.

Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, wurden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Anhand der Schätzung der Unternehmensanzahl und der Beschäftigtenzahl deutscher Industrieunternehmen je Beschäftigtengrößenklasse gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nach dem Verfahren „Soll durch Ist“ der Grundgesamtheit angepasst. Im Rahmen der Auffüllung der Stichprobe mit neuen Unternehmen im Frühjahr 2008 wurde die Konzeption der Hochrechnung leicht modifiziert: Anstatt wie bislang quantitative Angaben mit drei verschiedenen Faktoren (Umsatz, Investitionen, Beschäftigte) hochzurechnen, werden nun alle quantitativen Größen ausschließlich anhand der Beschäftigungszahlen hochgerechnet. Dies führt dazu, dass die aktuell publizierten Ergebnisse nicht mehr zwingend mit denen früherer Publikationen vergleichbar sind.

**Der vorliegende Ergebnisbericht
Steht als Download unter
www.bdi-panel.emnid.de zur
Verfügung.**

Bundesverband der
Deutschen Industrie (BDI) e. V.
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
www.ikb.de